Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/007(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 19.06.2020	Franckesaal	15:00Uhr	17:35Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08. 05. 2020 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Aktueller Bearbeitungsstand von Anträgen 2014 - 2019
Fraktion CDU/FDP A0073/20
 - 5.1.1 Aktueller Bearbeitungsstand von Anträgen 2014 - 2019
BE: Oberbürgermeister S0177/20
 - 5.2 LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg
Interfraktionell A0065/20
 - 5.2.1 LGBTI-freie Zone in Radom? - Nicht mit Magdeburg
SR'in Hüskens Fraktion CDU/FDP A0065/20/1

5.2.2	LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg BE: Oberbürgermeister	S0180/20
5.3	Öffentliche Ehrung von Dr. Sigmund Jähn Fraktion AfD	A0210/19
5.3.1	Öffentliche Ehrung von Dr. Sigmund Jähn BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0076/20
5.4	Aufstellung von weiteren Abfallbehältern Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0056/20
5.4.1	Aufstellung von weiteren Abfallbehältern Ausschuss UwE	A0056/20/1
5.4.2	Aufstellung von weiteren Abfallbehältern BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0161/20
5.5	Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) Fraktion DIE LINKE	A0230/19
5.5.1	Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0519/19
6	Beschlussvorlagen und Informationen	
6.1	Änderung des Gesellschaftsvertrages der GWM BE: Bürgermeister	DS0172/20
6.2	Kulturhauptstadt Europas 2025 BE: Bürgermeister	DS0232/20
6.3	Grüne Haltestellen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0128/20
6.4	Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2019 BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	I0134/20
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Oliver Müller

Jens Rösler

Jenny Schulz

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Matthias Boxhorn

Mirko Stage

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Schuster

i.V.f. SR Meister

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Olaf Meister

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 08. 05. 2020 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 08. 05. 2020 –öffentlicher Teil – wird mit nachfolgenden Änderungen/Ergänzungen bei 1 Enthaltung genehmigt:

Auf Seite 12 ist zum TOP 5.7 – A0036/20 – Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle – der 4. Absatz wie folgt zu **ersetzen**:

Stadtrat Hausmann begrüßt die Streichung der Prüfung eines Straßenbahnanschlusses an der Stadthalle, der neben hohen Kosten für ein kleines Teilstück auch eine langwierige Sperrung des Schleinuferes nach sich gezogen hätte.

Auf Seite 19 wird zum TOP 7.2 – Sitzung des Stadtrates am 14. 05. 2020 – als 2. Absatz **ergänzt**:

Stadtrat Hausmann rät zu mehr Fairness in der Tonlage. Von Denjenigen, die heute Bedenken wegen der Gesundheitsgefährdung geltend machen, wollten einige zum Höhepunkt der Krise im März unbedingt eine Stadtratssitzung durchführen und kritisierten den Stadtratsvorsitzenden, dass der damals die Sitzung absagte. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

5.1. Aktueller Bearbeitungsstand von Anträgen 2014 - 2019 Vorlage: A0073/20

Eingehend auf den Antragstext erklärt Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, ggf. das Datum zur Vorlage der Übersicht auf Anfang des IV. Quartals zu ändern.

Der Oberbürgermeister sichert die Vorlage der Übersicht bis nach der Sommerpause des Stadtrates zu.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0073/20 der Fraktion CDU/FDP in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 zu beschließen.

5.1.1. Aktueller Bearbeitungsstand von Anträgen 2014 - 2019 Vorlage: S0177/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg Vorlage: A0065/20

5.2.1. LGBTI-freie Zone in Radom? - Nicht mit Magdeburg Vorlage: A0065/20/1

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und verweist dabei insbesondere auf das Bestreben, die Entwicklung in Polen kritisch zu hinterfragen.

Zum vorliegenden Änderungsantrag A0065/20/1 erklärt sie, diesen nicht für sinnvoll anzusehen. Sie erachte es als sinnvoller, intensive Gespräche zu führen.

Stadträtin Dr. Hüskens, Fraktion CDU/FDP, führt erläuternd zum Änderungsantrag A0065/20/1 aus, dass es nicht immer sinnvoll sei, einen harschen Ton anzuschlagen. Bisher wurde seitens der Partnerstadt Radom noch keine Erklärung hinsichtlich einer LGBTI-freien Zone abgegeben. Deshalb hält sie für nicht angebracht, bereits im Vorfeld Kritik zu üben. Insbesondere verweist sie darauf, dass die Reaktionen, die bereits erfolgt sind, zeigen, dass mit der Partnerstadt freundlicher umgegangen werden sollte.

Die zur Sitzung anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka verweist in ihren umfassenden Ausführungen darauf, dass der Landkreis Radom bereits eine entsprechende Satzung verabschiedet hat. In anderen Städten gibt es bereits eine breite Community, die es zu unterstützen gilt. Ebenfalls als wichtig bezeichnet sie, darauf hinzuweisen, dass es eine entsprechende EU-Richtlinie gibt, die auch durch Polen im Europarat unterzeichnet wurde, aber nunmehr ignoriert wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt dar erkannt zu haben, dass es eine schwierige Gemengelage sei, wie die Botschaft der Landeshauptstadt Magdeburg erfolgen soll. Er bezeichnet die Entwicklung in Polen als beängstigend. Deshalb erachte es seine Fraktion als wichtig und notwendig, den vorliegenden Antrag im Stadtrat zu beschließen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es als gut, dass auch in der Öffentlichkeit eine große Mehrheit dafür sei, hier ein Zeichen zu setzen. Eingehend auf den Änderungsantrag äußert er, hier im ersten Absatz auf die konkrete Benennung der Stadt Radom zu verzichten. Er bezeichnet den Antragstext als nicht substantiell genug und äußert seine Vorstellung, hier eine weichere Formulierung zu finden. Gleichfalls spricht er seine Zustimmung hinsichtlich eines Austausches mit Vertretern der Stadt Radom aus.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag im Stadtrat aus. Eingehend auf die in den Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten Frau Ponitka benannten Stellungnahmen zur Problematik legt er dar, dass in seiner Fraktion andere Stellungnahmen vorliegen. Er sieht es als schwierig an, hier den politischen Hintergrund zu erkennen. Speziell zu dem der Stellungnahme der Verwaltung als Anlage beigefügten Schreiben des INSTITUTE FOR LEGAL CULTURE wirft er die Frage auf, um was für eine Institution es sich handelt, und welchen politischen Hintergrund sie hat.

Beantwortend informiert der Oberbürgermeister, dass dieses Schreiben bei ihm und dem Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Hoffmann eingegangen sei. Der Vorsitzende der Geschäftsführung dieses Institutes habe dieses Schreiben unaufgefordert übersendet. Mit dem Hinweis darauf, dass es keine Hintergrundrecherchen gab, erklärt der Oberbürgermeister, dass Schreiben nur zur Kenntnis genommen zu haben.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, erklärt, sich den Ausführungen der Stadträtin Dr. Hüskens anschließen zu können. Er äußert seine Befürchtung, dass mit einem entsprechenden Schreiben an die Stadt Radom, die Städtepartnerschaft gefährdet werden könnte. Stadtrat Kohl hält es nicht für gut, sich in Angelegenheiten anderer Städte einzumischen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0065/20/1 der Fraktion CDU/FDP in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0065/20 in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 zu beschließen.

5.2.2. LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg Vorlage: S0180/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Öffentliche Ehrung von Dr. Sigmund Jähn
Vorlage: A0210/19

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und wirbt um Zustimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0210/19 der Fraktion AfD in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 nicht zu beschließen.

5.3.1. Öffentliche Ehrung von Dr. Sigmund Jähn
Vorlage: S0076/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Aufstellung von weiteren Abfallbehältern
Vorlage: A0056/20

5.4.1. Aufstellung von weiteren Abfallbehältern
Vorlage: A0056/20/1

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, führt aus, dass der vorliegende Antrag A0056/20 nicht in allen Ausschüssen Zustimmung gefunden hat. Eine breite Zustimmung gab es jedoch für den Änderungsantrag A0056/20/1 des Ausschusses UwE. Er erklärt, dass seine Fraktion den Antrag A0056/20 als nicht ganz passend erachtet und die Beschlussfassung zum Änderungsantrag empfiehlt.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages, der auf Beschwerden von Bürgern der Stadt basiert. Insbesondere am Beispiel des Stadtteiles Salbke bezeichnet er die Situation der vorhandenen Abfallbehälter als katastrophal. Eingehend auf den Änderungsantrag legt er seine Auffassung dar, dass eine bedarfsgerechte Aufstellung von Abfallbehältern nichts an der Situation ändere, da ja Abfallbehälter vorhanden sind, die aber als nicht ausreichend angesehen werden.

Der Oberbürgermeister bezeichnet es als unstrittig, dass Abfallbehälter fehlen. Es werde jedoch bereits geprüft, wo noch Bedarf besteht. Insbesondere merkt er an, dass viele Behälter total veraltet seien und sich zudem schwer entleeren lassen. Es sei jedoch vorgesehen, diese durch modernere Behälter zu ersetzen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass sowohl Antrag als auch der Änderungsantrag in die gleiche Richtung gehen. Hinsichtlich einer bedarfsgerechten Aufstellung merkt er an, dass hierfür eine Abfrage erfolgen müsse, die er aber als nicht notwendig ansieht. Wichtig sei für ihn, dass Modelle von Abfallbehältern aufgestellt werden, die mehr Ordnung im Umfeld der Behälter sichern.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus. Mit Hinweis auf die Situation z.B. im Stadtpark nach Veranstaltungen schlägt er vor, eine Überprüfung der Standorte vorzunehmen, ob hier genügend Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, gibt den Hinweis, dass auch im Stadtteil Ostelbien die vorhandenen Müllcontainer notorisch überfüllt seien. Er spricht sich dafür aus, zu prüfen, ob hier Abfallbehälter mit einem größeren Müllvolumen aufgestellt werden können.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0056/20/1 des Ausschusses UwE in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0056/20 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz unter Beachtung des Änderungsantrages A0056/20/1 des Ausschusses UwE in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 zu beschließen.

5.4.2. Aufstellung von weiteren Abfallbehältern Vorlage: S0161/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) Vorlage: A0230/19

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, verweist auf den noch bestehenden Beratungsbedarf im Ausschuss Juhi und informiert, dass ein entsprechender Änderungsantrag in Vorbereitung sei.

Der Antrag wird zurückgestellt.

5.5.1. Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) Vorlage: S0519/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der GWM Vorlage: DS0172/20

Der Oberbürgermeister verweist in seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache auf den Beschluss des Stadtrates, dass die GWM nicht mehr das Clustermanagement übernimmt und es sich bei der vorliegenden Drucksache um Änderung des Gesellschaftervertrages handelt.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, macht darauf aufmerksam, dass die vorliegende Drucksache nicht der bereits erfolgten Stadtratsbeschlussfassung gem. DS0534/18 im Juni 2019 entspricht. Stattdessen liegt hier das Gegenteil vor. Mit dem Hinweis auf bereits im Ausschuss FG gegebene Hinweise zu Widersprüchen führt er aus, dass gem. Stadtratsbeschluss ein Beirat nicht mehr vorgesehen war und der Gesellschaftsvertrag entsprechend angepasst werden sollte. Im vorliegenden Vertrag ist dieser Beirat unter § 9 jedoch wieder enthalten.

Ebenso wurde im Stadtrat beschlossen, dass operative Wirtschaftsaufgaben der GWM in das Dezernat III zu überführen sind. Er legt seine Auffassung dar, dass, wenn jetzt unter Gegenstand des Unternehmens aufgeführt ist, dass Aufgabe des Unternehmens die regionale Wirtschaftsförderung ist, dies dem Stadtratsbeschluss widerspricht. Er wirft die Frage auf, ob geplant sei, dass die GWM andere Aufgaben übernehmen soll.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass hier eine Option geschaffen werden soll, wenn es zu einer Entwicklung des Gebietes „Eulenberg“ kommt. Hier muss es ein Management geben. Etwas Anderes sei ihm nicht bekannt. Er versichert, dass auf keinen Fall vom damaligen Konzept abgewichen werden soll.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, vertritt die Auffassung, dass, wenn es eine Zusammenführung der GWM gibt, auch kein Aufsichtsrat mehr erforderlich wäre. Er verweist jedoch auf eine im Umlauf befindliche nichtöffentliche Drucksache zum Umlagevermögen der GWM und merkt an, dass die noch von der GWM zu vertretenden Aufgaben im Handelsregister eingetragen werden sollten. Er sieht es als richtig an, dass der Gegenstand des Unternehmens gekürzt wurde und bezeichnet die unter § 2 des Vertrages aufgeführten Punkte als akzeptabel und spricht sich dafür aus, hier keine weitere Diskussion zu führen. Ebenso sieht er es als nicht falsch an, dass die Gesellschaft noch über einen Beirat verfügt.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht darauf aufmerksam, dass die Thematik bereits im Ausschuss FG ausführlich diskutiert wurde und seitens des Bürgermeisters Herrn Zimmermann hier detaillierte Erläuterungen gegeben wurden.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, merkt an, dass der von ihm dargestellte Widerspruch seitens des Bürgermeisters bestätigt wurde. Wenn die GWM neue Aufgaben übernehmen soll, sollte hier eine entsprechende Beschlussfassung getroffen werden. Er verdeutlicht, dass die GWM keine Wirtschaftsförderung macht.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass, wenn seitens der GWM um Mieter in Gewerbegebieten geworben wird, dies Wirtschaftsförderung sei. Ebenso sei die GWM im Zusammenhang mit der Entwicklungsmaßnahme Rothensee noch unverzichtbar.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0172/20 in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 zu beschließen.

6.2. Kulturhauptstadt Europas 2025 Vorlage: DS0232/20

Erläuternd zur Drucksache verweist der Oberbürgermeister darauf, dass im Oktober bekannt gegeben wird, wer Kulturhauptstadt 2025 wird. Wenn die Entscheidung getroffen wurde, muss es schnellstens zur Bildung der GmbH kommen. Da dieser Prozess sehr arbeitszeitaufwändig ist und auch entsprechende Genehmigungen eingeholt werden müssen, werde die Drucksache bereits jetzt vorgelegt. Er bezeichnet die erforderliche Drucksache als Vorratsbeschluss, der dann umgesetzt wird, wenn Magdeburg Kulturhauptstadt wird.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, nimmt Bezug auf den vorgelegten Juryreport und verweist auf die hier enthaltene Empfehlung, dass die Verwaltung aus dem Management möglichst herausgehalten werden soll. Deshalb sei sie von der Zusammensetzung des Aufsichtsrates überrascht, da hier überwiegend Mitglieder der Verwaltung und wenige Personen, die mit Kultur beschäftigt sind, vertreten sind. Sie legt ihre Auffassung dar, dass hier Änderungen vorgenommen werden sollten. Stadträtin Linke kritisiert, dass der Kulturausschuss kein Votum abgeben konnte, da dieser nicht beteiligt wurde und spricht sich dafür aus, die Drucksache im Kulturausschuss am 01. 07. 2020 zu beraten.

Ebenfalls kritisch sieht die Benennung des ausscheidenden Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Prof. Dr. Puhle als Interimsgeschäftsführer und schlägt hierfür den Leiter des Kulturbüros Herrn Szalay vor.

Der Oberbürgermeister merkt an, davon auszugehen, dass die Drucksache mit dem Kulturbüro abgestimmt wurde. Er macht darauf aufmerksam, dass es hierbei um die Bildung der GmbH geht und die Stadt im Aufsichtsrat gemäß den Regelungen des KVG Sachsen-Anhalt die Mehrheit haben muss, insbesondere da in der Gesellschaft große finanzielle Beträge verwaltet werden müssen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert ebenfalls die Kritik, dass der Kulturausschuss nicht beteiligt wurde. Einschränkend legt er jedoch dar, dass seitens des Bürgermeisters die Bereitschaft bestand, im Kulturausschuss entsprechend zu informieren. Im Kulturausschuss wurde hierzu diskutiert. Er legt dar, nicht zu wissen, was noch passieren sollte, da sich alle Beteiligten einig waren.

Hinsichtlich der Interimsgeschäftsführung wirft er die Frage auf, ob diese seitens Herrn Prof. Dr. Puhle ehrenamtlich erfolgt.

Hierzu erklärt der Oberbürgermeister nicht zu wissen, wer den Vorschlag zur Besetzung unterbreitet hat. Er merkt an, dass die Geschäftsführung nur solange übernommen werden soll, bis ein Geschäftsführer gefunden wurde. Hinsichtlich einer Vergütung legt er dar, dass es maximal eine Aufwandsentschädigung sein kann, die für die Dauer von drei Monaten gezahlt wird.

Zur Thematik Aufsichtsrat führt Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, aus, es so verstanden zu haben, dass die GmbH eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt sei. Hinsichtlich der im § 10 aufgeführten Mitglieder sieht er es als fraglich an, ob sich das Land sagen lässt, wen es entsenden soll. Er spricht sich dafür aus, hier eine rechtliche Prüfung durch das Rechtsamt vorzunehmen.

Als schwierig sieht er an, dass der Bürgermeister Mitglied im Aufsichtsrat sein soll und hinterfragt, warum nicht die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport als Mitglied benannt wird. Als ebenfalls schwierig sieht er die Entsendung der Vorsitzenden des Finanz- und Grundstücksausschusses sowie des Kulturausschusses an und wirft die Frage auf, warum die Entsendung nicht nach dem im Stadtrat üblichen Quorum erfolgt. Dass hier vorgeschlagen wird, dass den Ausschussvorsitzenden eine Sonderstellung eingeräumt wird, hält er für problematisch. Er unterbreitet den Vorschlag, fünf oder sieben Mitglieder des Stadtrates zu entsenden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert seine Überraschung zur vorgelegten Drucksache. Er hätte sich gewünscht, dass die Problematik bereits Gegenstand der Beratung im Kulturausschuss gewesen wäre. Er richtet die Frage an den Oberbürgermeister, was diesen bewegen habe, wie in der Drucksache vorgeschlagen zu verfahren.

Der Oberbürgermeister merkt an, dies nicht beantworten zu können, da die Drucksache durch den Bürgermeister vorbereitet wurde. Er verweist auf ein Gespräch mit der neu gewählten Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport und darauf, dass diese für ihn die Vertretung im Aufsichtsrat übernehmen wird. Hinsichtlich der zu entsendenden Anzahl von Mitgliedern des Stadtrates in den Aufsichtsrat erklärt er, dies emotionslos zu sehen und verweist darauf, dass zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden muss, um welche Personen es sich dabei handelt.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, unterbreitet den Vorschlag die Entsendung des Bürgermeisters gegen die Entsendung der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport auszutauschen und den Bürgermeister ggf. als Vertreter des Oberbürgermeisters zu benennen sowie die Problematik seitens der Landesregierung prüfen zu lassen.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, erklärt noch keine Gelegenheit gehabt zu haben, sich mit der Thematik vertraut zu machen. Somit könne sie auch nicht ihre Zustimmung erklären. Sie äußert die Bitte, die der Drucksache als Anlagen beigefügten Dokumente auf eine geschlechtergerechte Sprache zu prüfen und zu ändern.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, erklärt, die Diskussion zur Zusammensetzung des Aufsichtsrates als schwierig anzusehen. Er vertritt die Auffassung, dass die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport an der Diskussion teilnehmen sollte. Grundsätzlich könne er der Drucksache zustimmen, hinsichtlich der Aufsichtsratszusammensetzung würde er jedoch gern mit dem Einbringer der Drucksache das Gespräch führen. Er spricht sich dafür aus, den Passus der Zusammensetzung des Aufsichtsrates zurückzustellen. Alle anderen Punkte können so auf den Weg gebracht werden.

Zusammenfassend erklärt der Oberbürgermeister, dass die Änderungen hinsichtlich einer geschlechtergerechten Sprache seitens der Verwaltung vorgenommen werden. Er unterbreitet den Vorschlag, dass seitens der Fraktionen eine Einigung hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrates herbeigeführt wird und ggf. zum Stadtrat ein entsprechender Änderungsantrag ggf. auch zur Besetzung der Geschäftsführerposition eingebracht wird.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet den Vorschlag des Oberbürgermeisters als günstige Variante für die Verwaltung, sieht die Umsetzung jedoch als schwierig an. Als problematisch bezeichnet er die Entsendung von Vertretern der SWM und der Stadtparkasse. Zwar halte er die Entsendung der Vertreter für in Ordnung, wenn diese Vertreter in den Aufsichtsrat entsendet werden sollte auch Externe entsandt werden, die über ein entsprechendes Kulturrenommee verfügen. Er vertritt die Auffassung, dass es viel um Organisation und Finanzen geht, der Aufsichtsrat aber ein viel entscheidenderes Organ ist, als in anderen Einrichtungen und über wesentlich mehr Rechte verfügt. Für ihn mache es sehr viel Sinn, dass auch Personen, die über Erfahrungen auf kulturellem Gebiet verfügen, Mitglied im Aufsichtsrat sind. Insbesondere legt er seine Auffassung dar, dass der Stadtrat unterrepräsentiert sei.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass es hauptsächlich um die Verteilung finanzieller Mittel geht und dies Aufgabe des Aufsichtsrates sei. Er wirft die Frage nach der weiteren Vorgehensweise auf.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, unterbreitet den Vorschlag eines Änderungsantrages, die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport als geborenes Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden, anstelle des Bürgermeisters. Dieser könne die Vertretung des Oberbürgermeisters übernehmen. Sie spricht sich für eine Entsendung von sieben Mitgliedern des Stadtrates aus sowie für die Benennung von zwei Mitgliedern der Landesregierung. Anstelle der Vertreter von SWM und Stadtparkasse schlägt sie vor, Führungskräfte von zwei Unternehmen zu benennen.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Wichtigkeit der Entsendung der Vertreter von SWM und Stadtparkasse in den Aufsichtsrat und begründet dies mit dem Hinweis auf die Thematik der Finanzen.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bezeichnet die unterbreiteten Vorschläge der Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future! und des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion als gut, sieht jedoch eine konkrete Formulierung eines entsprechenden Änderungsantrages als scheinbar nicht möglich an.

Er hinterfragt, wann beschlossen wurde, dass die Bildung einer GmbH die Lösung für die Handlungsfähigkeit bei einem Zuschlag als Kulturhauptstadt ist. Er legt dar, dass nach seinen Erkenntnissen hier oftmals eine Stiftung zum Tragen gekommen sei.

Klarstellend legt der Oberbürgermeister dar, dass es bei einer Stiftung einen Stiftungsgeber geben muss, der das erforderliche Kapital einbringt. Dieses Kapital muss in der Stiftung verbleiben und diese kann auch nicht wieder aufgelöst werden.

Zum Hinweis des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, dass der Kulturbeirat vom Stadtrat und nicht vom Aufsichtsrat benannt werden sollte erklärt der Oberbürgermeister, dass es ein Gremium sein soll, das nicht verwaltungsdominiert ist.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister die Drucksache zu Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0232/20 in seiner Sitzung am 09. 07. 2020 zu beschließen.

6.3. Grüne Haltestellen Vorlage: I0128/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Information führt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann aus, dass die Umsetzung des Beschlusses während der derzeitigen Laufzeit schwerlich realisierbar sei. Eine Umsetzung könne mit den neuen Ausschreibungen zur Betreibung der Wartehallen erfolgen. Derzeit werde die Ausschreibung für Ende des III. Quartals bzw. Anfang IV. Quartal vorbereitet.

Stadträtin Dr. Hüsken, Fraktion CDU/FDP, merkt an, den Ausführungen zu entnehmen, dass die Ausstattung der Haltestellen nicht als Option gesehen wird, sondern diese ausgeschrieben werden sollen.

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann stellt beantwortend klar, dass die Thematik der Ausschreibung der Haltestellen oder die Erbringung von geldwerten Leistungen mit dem Ausschreibungskonzept vorgelegt wird.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.4. Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2019 Vorlage: I0134/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Ehrung Verstorbener

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE; hinsichtlich eines ehrenden Gedenkens an den verstorbenen Bildhauer Apelt sowie des Pfarrers a. D. Herrn Herbst informiert der Oberbürgermeister, dass seitens der Stadt für beide Personen entsprechende Pressemitteilungen herausgegeben wurden.

7.2. Corona-Infektion

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, nimmt Bezug auf die zuletzt registrierten 22 neuen Corona-Fälle und hinterfragt die weiteren Schritte hinsichtlich einer Eindämmung. Sie merkt kritisch an, dass es bisher keine Pressemitteilung hierzu gab.

Klarstellend informiert der Oberbürgermeister, dass bereits bei den ersten aufgetretenen Fällen Maßnahmen eingeleitet und betroffene Schulen und Einrichtungen geschlossen wurden. Die Verwaltung habe Schritt für Schritt auf die Fallzahlen reagiert, so z.B. mit der Einleitung von Quarantänemaßnahmen. Er stellt ebenfalls klar, dass im Fall, dass betroffene Personen sich nicht auf die erforderlichen Maßnahmen halten, die Polizei zum Einsatz kommt. Als sehr problematisch bezeichnet er, dass von den betroffenen Personen penetrant gegen die erteilten Auflagen verstoßen wird. Er stellt klar, es nicht zuzulassen, dass über diesen Weg eine Infektion über die ganze Stadt verbreitet wird. Die Infektionskette muss auf jeden Fall unterbrochen werden.

Hinweis: Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, trifft zur Sitzung ein.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, informiert über Aussagen, dass die erforderlichen Tests selbst bezahlt werden müssten und hinterfragt, ob nicht in den betroffenen Schulen dargestellt werden kann, dass dies nicht so sei.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass es im Umfeld der betroffenen Schulen die Empfehlung gibt, sich testen zu lassen. Insbesondere verweist er darauf, dass diese Tests nicht bezahlt werden müssen, da es sich um Verdachtsfälle handelt. Er verweist auf seine Empfehlung, dass bei einem auch nur geringsten Verdacht eines Kontakts zu einer infizierten Person ein Test gemacht werden soll. Als falsch bezeichnet er auch die Annahme, dass die Tests nur bei Auftreten der entsprechenden Symptome durchgeführt werden.

Auf Nachfrage des Stadtrates Boxhorn, Fraktion CDU/FDP, zum Zeitraum, bis strengere Maßnahmen eingeleitet werden, informiert der Oberbürgermeister, dass derzeit Vor-Ort-Begehungen vorgenommen werden. Für die Aktion einer Absperrung muss jedoch ein entsprechendes Konzept erarbeitet und die Kontrollen verstärkt werden. Am morgigen Tag wird hierzu eine Beratung erfolgen. Insbesondere verweist er darauf, dass die üblichen Methoden, die Erteilung eines Bescheides und der Erlass einer Quarantäne bisher keine Wirkung gezeigt haben.

7.3. Rathausfest

Auf Nachfrage des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/FDP, hinsichtlich der Durchführung des Rathausfestes in diesem Jahr informiert der Oberbürgermeister, dass, wenn sich die Regelung hinsichtlich Großveranstaltungen sich aufgrund der aktuellen Lage nicht ändert, das Rathausfest in diesem Jahr ausfallen wird.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, dankt dem Oberbürgermeister für dessen offene Worte bzgl. der Coronasituation.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin